



Shi Ming
Fernsicht

Auf welcher Seite
stehst du? Wie Peking
darum ringt, mit allen
gut Freund zu sein

Am 4. Februar 2022, dem Tag der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking, traf sich Russlands Präsident Wladimir Putin mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping. Ein gemeinsames Kommuniké besiegelte, laut Le Yucheng, Vizeaußenminister Chinas, eine neue Höhe der sino-russischen Beziehung der Freundschaft und Kooperation. Eine Beziehung, so Le, die oben keine Decke kenne.

Beweis: China unterstütze Russlands Vorgehen gegen eine Nato-Osterweiterung; dazu 20 Geschäftsabkommen, einschließlich einem langfristigen Liefervertrag, gemäß dem China Russland ab sofort Unmengen von Naturgas abkauft und das für die Laufzeit von über einem Jahrzehnt, um – das stellt sich allerdings erst am 24. Februar, dem Tag, an dem die russische Invasion in die Ukraine begann, heraus – die Lücken für Moskau zu schließen, die durch westliche Sanktionen gegen russische Gaslieferung in Putins Kriegskasse entstehen werden.

Offenbar rechnete Chinas
Führung fest mit einem Sieg
des russischen Blitzkriegs

Seither scheint Peking bemüht zu sein, der Freundschaft mit Putins Russland Nachdruck zu verleihen. Am Tag des Kriegsbeginns gab die chinesische Botschaft in Kiew online die Forderung an alle Chinesen in der Ukraine weiter: „Wenn ihr aus der Tür kommt, bedeckt euch mit unserer Nationalflagge – zu eurer eigenen Sicherheit.“

Offenbar rechnete Chinas Führung zu diesem Zeitpunkt noch fest mit einem Sieg des russischen Blitzkriegs: Ein paar Fallschirmjäger ins Präsidialamt schicken, um Wladimir Selenki zu kidnappen, seine Regierung in Kiew auszutauschen, das wär's. Das war es aber nicht. Wenige Stunden nach der Bekanntgabe der Anweisung aus der Botschaft wurden die ersten Chinesen auf Strafen in Kiew von wütenden Ukrainern angegriffen. Von wegen Sicherheit.

Dennoch änderte dies nicht Chinas Willen, auf der Weltbühne Putin den Rücken freizuhalten. So schnell lässt man seine Freunde nicht im Stich. Nicht nur lehnte Chinas Botschafter bei den Vereinten Nationen konsequent ab, den Moskauer Feldzug als „Aggression“, „Invasion“ oder „Angriffskrieg“ zu bezeichnen, geschweige denn, zu verurteilen. Auch öffnete das Handelsministerium in Peking gleich am zweiten Kriegstag den chinesischen Markt für russischen Weizen, der seit 30 Jahren wegen einer gefährlichen Pflanzenkrankheit für die Einfuhr verboten war.

Didi-Chuxing, ein chinesischer Konzern des Online-Fahrdienstes, wurde angewiesen, vorläufig vom Rückzug aus Russland abzuweichen, um die geschäftliche Stimmung dort nicht mit zu vergiften, wie es hieß. In Chinas Social-Media wurde zur Beschreibung der Geschehnisse auf dem Schlachtfeld in der Ukraine erst nur das Wort „Lage“ erlaubt, weniger später der Begriff „Spannung“; einige Tage vergingen, bis das Wort „Konflikt“ auftauchte. Seit dem 7. März, dem 11. Kriegstag, darf man von „Krieg“ reden – unklar, wer gegen wen. Klar nur: Es ist nicht Russlands Schuld.

So viel Freundschaft erweicht selbst Steine. So lobte Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, schon am 1. März, dem 5. Kriegstag, China als „Russlands großartigen Freund“. Nur allzu seltsam: Ihre Formulierung verschwand drei Tage später von allen chinesischen Internetseiten. Derweil appellierte Chinas Außenminister Wang Yi am 6. März, dem 9. Kriegstag, an die Amerikaner, die China bis dato als Kriegstreiber aufs Schärfste rügten, nun die freundschaftliche Zusammenarbeit nach dem Prinzip „Win-win“ mit China wieder zu beleben.

Freundschaft, so fragt man sich, mit wem also?

Shi Ming
1957 in Peking geboren, lebt seit 1989 in Köln und arbeitet dort als freier Autor. In seinen Texten setzt er sich mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlichen Entwicklung in seiner Heimat auseinander.

Kommentar von Gunnar Hinck über Autofahren im Ukrainekrieg

Kein Öl für Blut

Diese Woche verbreitete Robert Habeck ein prägnantes Wort: „Komforteinschränkungen“. Ein Embargo gegen russische Energie würde nicht nur den persönlichen Komfort einschränken, sondern würde gesamtwirtschaftliche Schäden nach sich ziehen. Mit dem Komfort lieferte der Minister ein wichtiges Stichwort, das er leider nicht weiter vertiefte: Durch ein Embargo würde der gewohnte Energieverbrauch gezwungenermaßen zurückgehen. Aber einmal umgedreht gedacht: Hiesiger Verzicht, ganz ohne Embargo, würde Putins Imperialismus empfindlich treffen – zumindest würde er ein deutliches Zeichen setzen.

Reden wir über Erdöl, das in der Debatte ums Gas in den Hintergrund gerückt ist. Knapp 30 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland geht für den Verkehr drauf – ein großer Teil davon für Autos mit Verbrennungsmotor. Der Hauptimporteur von Erdöl

(ein Drittel) ist Russland. Jeder Autofahrer und jede Autofahrerin finanziert also derzeit Putins Krieg mit. Konsumentenscheidungen werden von der Mehrheit – man kann es bedauern, aber es ist so – nicht nach moralischen Kriterien getroffen, das hat schon der geringe Effekt der Klimabewegung auf das Autofahren gezeigt. Es kann sein, dass der eine oder andere Autofahrer bei gleich zwei Schuldfragen – ich zerstöre das Klima und finanziere einen Krieg in Europa mit – ins Grübeln kommt, aber das reicht nicht.

Es ist Zeit, noch mal eine Grundsatzdebatte zu führen und die Anti-Auto-Bewegung aus der Ökoekcke zu holen: Warum muss man eigentlich 1,3 Tonnen Stahl und Plastik persönlich besitzen, um sich komfortabel fortzubewegen? Warum gibt es das merkwürdige Gewohnheitsrecht, diesen 1,3 Tonnen schweren Stahl- und Plastikhaufen kostenfrei auf öffentlichem Boden abzustellen? Der Staat muss den Auto-

verkehr richtig unattraktiv machen: Autoverbot in Innenstädten, selbstverständlich mit Ausnahmen für Händler und gebrechliche Menschen. Und auf dem Land ist ein großflächiger, dicht getakteter öffentlicher Personennahverkehr nötig (und nebenbei ein besserer Begriff dafür): Sammeltaxis, viel mehr elektrisch betriebene Busse und Bahnen. Die Finanzierung? Wenn der Bund mal eben 100 Milliarden Euro an Krediten für die Bundeswehr aufnimmt, sollte Geld kein Problem sein. Und bitte nicht die alleinerziehende Krankenschwester aus dem Hunsrück bemühen, die ja dringend ihren Nissan Micra für die Arbeit braucht. Sie würde zu denen gehören, die von einem guten, öffentlich finanzierten Verkehrssystem am meisten profitiert.

Im Zweiten Golfkrieg 1991 war das Motto auf den Demos: Kein Blut für Öl. Der aktuelle Slogan sollte lauten: Kein Öl für Blut.
Krieg in der Ukraine 3



Kommentar von Sabine am Orde über die Beobachtung der AfD

Weitere Radikalisierung dank Verfassungsschutz

Das rechtsextreme Personenpotenzial im nächsten Verfassungsschutzbericht wird sich nahezu verdoppeln. Weil das Bundesamt die AfD nun als sogenannten rechtsextremen Verdachtsfall einstufen darf, wird jedes der knapp 30.000 Parteimitglieder gezählt – und nicht nur jene, die zum offiziell aufgelösten „Flügel“ um Björn Höcke gehören sollen. Lehnt man solche Einstufungen durch den Verfassungsschutz nicht grundsätzlich ab, lässt sich hier vor allem eines kritisieren: dass die Einstufung viel zu spät erfolgt ist. Seit Langem liegen, auch durch die Arbeit von antifaschistischen Initiativen und engagierten Journalist:innen, mannigfache Belege für die menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologie und Politik der AfD vor. Frühwarnsystem? Fehlanzeige.

Dennoch bleibt die Frage: Was bringt die Einstufung jenseits dessen, dass der Verfassungsschutz nun nachrichtendienstli-

che Mittel einsetzen darf? Wird der amtliche Stempel „Verdachtsfall rechtsextrem“ abschreckend wirken? Der Niedergang der rechten Republikaner war durch die Verfassungsschutzzeinstufung deutlich beschleunigt worden.

Bei der AfD aber darf man darauf nicht hoffen. In Ostdeutschland, wo die Partei besonders stark und gut verankert ist, wird die Beobachtung nicht viel verändern. Die meisten Landesverbände sind hier bereits eingestuft, der Thüringer Landesverband um Höcke seit März 2021 sogar als „erwiesenen rechtsextrem“, steht also auf einer Stufe mit den Neonazis von der NPD. In den Umfragen hat sich das für die AfD nicht negativ ausgewirkt. Ohnehin hat die Anhängerschaft hier jede Radikalisierung mitgemacht. Die Partei wird hier eben nicht gewählt, obwohl sie demokratiefeindlich und menschenverachtend ist, sondern genau deshalb. Etwas anders könnte die Lage in den westdeut-

schon Bundesländern sein. Hier überwiegt noch die Sorge davor, in den Ruf zu kommen, rechtsextrem zu sein. Deshalb könnte die AfD hier Nationalkonservative verlieren. Unter den Beamt:innen dürfte ihr Personal flöten gehen, weil dieses Angst um Jobs und Pensionen hat. Und möglicherweise wird nun der eine oder andere Spender aus Angst vor Kampagnen gegen sein Unternehmen zögern. Zu Fall wird das die AfD nicht bringen. Inzwischen ist ihre Stammmwählerschaft dafür zu groß. Dieser setzen eher die internen Machtkämpfe und Auseinandersetzungen wie derzeit über das Verhältnis zu Russland zu.

Durch die Beobachtung wird die AfD vor allem jene verlieren, die sich innerhalb der Partei für gemäßigt halten. Das wird die Partei weiter radikalisieren. Geschiedt das, sollte der Staat weniger zögerlich als bislang sein: Dann sollte auch ein Verbotverfahren geprüft werden.

Der rote Faden

Kamarilla



Durch die Woche mit Robert Misik

Der 24. Februar hat die ganze Existenz verdüstert. Gut, mögen Sie jetzt einwenden, die war auch vorher nicht besonders sonnig, an den Peripherien unserer vielgepriesenen „Friedensordnung“ waren Gewalt, Krieg, Elend und Instabilität längst Alltag. Alles wahr, ändert aber nichts daran, dass wir andermtags in einer neuen Welt und einer neuen Existenz aufgewacht sind. Mit Meinungen und Emotionen, die sich dauernd widersprechen und sich wechselseitig ins Wort fallen. Ein paar Dinge sind klar: Ein sadistischer Tyrann und seine Kamarilla haben ein unabhängiges, demokratisches

Land überfallen. Die eine Seite hat von Grozny bis Aleppo schon bewiesen, was sie bereit ist, anzurichten, ist überdies eine waffenstrotzende Atommacht, die andere Seite wird bombardiert, während die Bürger:innen in den Kellern zittern. Putin senkt über die Bevölkerung Russlands selbst eine Despotie hinab, die die letzten Halme von Freiheit zertritt. „Both Sides“ können sich die Schlaumeier da sonstwo hinstecken.

Zufällig konnte ich diese Woche Konstantin Wecker zu einem TV-Talk in Bruno Kreiskys Wohnzimmer empfangen, den Poeten, Liedermacher und Friedensbewegungsveteranen. Die ei-

Hin und her zwischen
„No Pasarán!“ und
„Die Waffen nieder!“